



Werden die Gesundheitskosten weiter ansteigen? | Bild: Freepik

Führungskräfteverband warnt vor Sprung bei Sozialabgaben

17. April 2026

Nach Einschätzung des Deutschen Führungskräfteverbands [ULA](#) sind die Pläne des CDU-geführten [Bundesministeriums für Gesundheit \(BMG\)](#) für eine sprunghafte Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung um 3.600 Euro jährlich für viele Fach- und Führungskräfte ein falsches Signal zur falschen Zeit.

Anlass für die abgegebene Erklärung ist die Veröffentlichung des Regierungsentwurfs für ein GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz. Der Verband stehe zu einem starken und solidarischen Sozialversicherungssystem, jedoch benötigt diese Solidarität auch Augenmaß und Akzeptanz. Die Belastung von qualifizierten Fach- und Führungskräften dürfe nicht schneller steigen als ihre Löhne. Dies würden die Leistungsbereitschaft und die

Attraktivität des Standorts Deutschland weiter senken. „Wer Verantwortung übernimmt, Leistung bringt und bereits einen überproportionalen Beitrag zur Finanzierung unseres Sozialstaats leistet, darf nicht immer wieder als erste Finanzierungsquelle herangezogen werden, erklärt der Präsident des Deutschen Führungskräfteverbands ULA, Roland Angst.

Die Beitragsbemessungsgrenzen sind bereits durch den systembedingten Automatismus für 2026 regulär erneut deutlich angehoben worden – in der Kranken- und Pflegeversicherung auf 69.750 Euro jährlich und in der Rentenversicherung auf 101.400 Euro jährlich.

„Wir erwarten von den Regierungsparteien [CDU](#), [CSU](#) und [SPD](#) mehr als reine Fortschreibung von Belastungen. Notwendig sind strukturelle Reformen in den Sozialversicherungen, mehr Effizienz auf der Ausgabenseite und eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Dauerhaft höhere Abgaben dürfen nicht zum Ersatz für fehlende Reformen werden. Deutschland braucht Anreize für Leistung, Führung und unternehmerische Verantwortung – keine schleichende Erosion der Netto-Einkommen seiner Leistungsträger. Wenn die Bundesregierung Anreize schaffen will, dass Menschen wieder mehr arbeiten, muss sie diesen Entwurf für ein GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz zurückziehen“, so ULA-Präsident Angst. (red)